Zeitschrift: SVPW-Jahrbuch = Annuaire ASSP
Herausgeber: Schweizerische Vereinigung für Politische Wissenschaft
Band: 28 (1988)

Artikel: Aussenpolitik im Spiegel der öffentlichen Meinung
Autor: Frei, Daniel
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-172637

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Daniel Frei *

Aussenpolitik im Spiegel der öffentlichen Meinung

Anhand einer repräsentativen Stichprobe im Rahmen der UNIVOX-Befragungen wird gezeigt, wie die Schweizer Bevölkerung die behördliche Aussenpolitik beurteilt und welche Motive und Wünsche hinter dieser Beurteilung stehen. Die Aussenpolitik erhält insgesamt mässig gute Noten, wobei die Zustimmung bzw. Ablehnung in bezug auf einzelne Aspekte der Aussenbeziehungen allerdings stark schwankt. Die Wahrnehmung der Auslandabhängigkeit scheint überraschend den Willen zur Isolation eher zu stärken als den Willen zur Kooperation, während umgekehrt eine solidarische Motivation eine offene Aussenpolitik begünstigt. Insgesamt ist aber die Neigung stark, die Lösung anstehender Probleme im Zusammenwirken mit dem Ausland zu suchen, insbesondere in der Umwelt-, Entwicklungs-, Energie- und Exportpolitik. Als Partner bevorzugt werden dabei die vier Nachbarländer.

La politique étrangère dans le miroir de l'opinion publique.
L'enquête UNIVOX a permis d'analyser le jugement porté par le peuple suisse sur la politique étrangère officielle ainsi que d'esquisser les motifs et souhaits se cachant derrière ce jugement. De façon générale, la politique étrangère obtient de bonnes notes mais est controversée dans le cadre d'aspects particuliers des relations extérieures. La perception de la dépendance face à l'étranger semble, paradoxalement, renforcer la volonté d'isolement plutôt que de coopération alors que, inversément, une motivation fondée sur la solidarité favorise une politique étrangère ouverte. Mais aujourd'hui, une forte tendance se dessine en faveur d'une collaboration avec l'étranger dans la recherche de solutions, en particulier dans les politiques de l'environnement, du développement, de l'énergie et des exportations. Dans cette éventualité, les pays voisins seront favorisés en tant que partenaires.

* Der Verf. dankt Herrn Christoph Buri für die Herstellung der Kreuztabellen.

1. Einleitung

Wer die Frage nach dem «Wie weiter?» in der schweizerischen Aussenpolitik stellt, tut gut daran, sich zunächst nach Wesen, Tendenzen und Hintergründen der Meinungen der Bürger zu erkundigen. Diese haben anlässlich der Verwerfung des UNO-Beitritts am 16. März 1986 machtvoll in die Gestaltung der Aussenpolitik eingegriffen, und sie könnten es aufgrund des Staatsvertragsreferendums erneut tun. Aber auch wo ein derart unmittelbarer Zusammenhang zwischen öffentlicher Meinung und Aussenpolitik nicht vorliegt, ist ein Einfluss des Bürgers stets vorhanden; er erfolgt dann mittelbar durch antizipatorische Mutmassungen seitens der aussenpolitischen Entscheidungsträger über die «Volksmeinung» [1] – eine übrigens nicht nur in der Schweiz bekannte Erscheinung [2].

«Zollsendungen für Importe aus Entwicklungsländern»			
	«Regierung tut ungefähr das Richtige» %	«Regierung tut eher zuviel» %	«Regierung tut eher zuwenig» %
«Schutz der einheimischen Produkte vor ausländischer Konkurrenz»			
«Regierung tut ungefähr das Richtige»	4	12	11
«Regierung tut eher zuviel»	52	18	31
«Regierung tut eher zuwenig»	44	70	58

Zur Erfassung der öffentlichen Meinung über die schweizerische Aussenpolitik fühlten sich gerade nach der UNO-Abstimmung zahlreiche Kommentatoren und Möchtegern-Politologen berufen; ihnen verdanken wir einige ebenso nonchalante wie vernichtende Urteile über einen angeblichen «Isolationismus», ja «geistiges Hinterwäldlertum» und «Appenzellertum» der Schweizer. Auf derartige unbedarfte «Einsichten» kann verzichtet werden, und dies um so mehr, als die seit 1986 im Auftrag der *Schweizerischen Gesellschaft für praktische Sozialforschung* jährlich durchgeführten *UNIVOX-Befragungen* nun empirisch gesichertes Wissen über die aussenpolitischen Meinungen der Bürger liefern. Der vorliegende Beitrag fusst auf einer solchen UNIVOX-Befragung, die im Zeitraum Mai/Juni 1987 eine repräsentative Stichprobe von Deutsch- und Westschweizern (N = 698) erfasst hat.

1 Daniel Frei/André Jaeggi, «Das Verhältnis zwischen Aussenpolitik und Öffentlichkeit in der Sicht von EPD-Chefbeamten», *Kleine Studien zur Politischen Wissenschaft* Nr. 158–159, Zürich 1978.

2 Kjell Goldmann/Sten Berglund/Gunnar Sjöstedt: *Democracy and Foreign Policy,* Aldershot 1986.

Anhand dieses Datensatzes sollen im folgenden vier Teilprobleme beleuchtet werden:

1. Welche Noten erteilt der Bürger der Aussenpolitik insgesamt und den einzelnen Aspekten der Aussenpolitik?
2. Welche kognitiven und normativen Gründe stehen dahinter?
3. Welche alternativen Akzentsetzungen und eventuell Kursänderungen wünscht sich der Bürger in der Aussenpolitik?

2. Beurteilung der schweizerischen Aussenpolitik

Die Schweizer sind mit der Gestaltung der Aussenbeziehungen durch den Bundesrat recht zufrieden: 44 Prozent finden, die Regierung «tue ungefähr das Richtige» – das sind beträchtlich mehr als die 35 Prozent, die sich mit der schweizerischen Politik allgemein [3] zufrieden erklären. Allerdings gilt es diesen Befund in bezug auf die einzelnen Aspekte der Aussenbeziehungen zu differenzieren (Tab. 1):

Überdurchschnittlich zufrieden sind die Befragten (nach Rangordnung der Prozentwerte aufgezählt) mit dem Anbieten von Vermittlerdiensten in Konflikten, der Mitarbeit in internationalen Organisationen, der Kontaktpflege durch bundesrätliche Auslandreisen, der Flüchtlingshilfe im Ausland, der Förderung von Schweizer Unternehmungen im Ausland und der Verteidigung des Bankgeheimnisses gegen ausländische Auskunftsbegehren. Nur geringe Zufriedenheit erlangen die Zollsenkungen für Importe aus Entwicklungsländern, die internationale Koordination von Umweltschutzmassnahmen, die Überprüfung ausländischer Gelder in Schweizer Banken, Proteste gegen Menschenrechtsverletzungen im Ausland und Stellungnahmen gegen Diktaturen.

Wo Kritik an der Gestaltung der Aussenbeziehungen geübt wird, lässt sich unterscheiden zwischen Bereichen, in denen die Kritik mehrheitlich in die gleiche Richtung zielt, und Bereichen, die gegensätzliche Reaktionen auslösen. Dass die Regierung «eher zu wenig tut», finden 59 Prozent bei der internationalen Umweltpolitik, 51 Prozent bei den Protesten gegen Menschenrechtsverletzungen im Ausland und 49 Prozent bei der Überprüfung ausländischer Gelder in Schweizer Banken. Diese Ergebnisse weisen auf möglicherweise fällige Kurskorrekturen hin. Demgegenüber gibt es Bereiche, in denen sich gleichzeitig starke Anteile der Befragten in unterschiedlicher Weise unzufrieden äussern; das gilt insbesondere für die Abweisung von Asylbewerbern, die Verteidigung des Bankgeheimnisses gegen ausländische Auskunftsbegehren, die Entwicklungshilfe, die Kontaktpflege durch bundesrätliche Auslandreisen. Hier liegen offenbar die kontroversen Themen der Aussenbeziehungen, und es dürfte in dieser Beziehung ausgeschlossen sein, es «allen recht» zu machen.

3 Diese Vergleichszahl wurde in einer fast gleichzeitig durchgeführten anderen UNIVOX-Befragung ermittelt; vgl. Ulrich Klöti, «Staat», *UNIVOX-Kommentar 1987.*

Tabelle 1: Zufriedenheit mit der behördlichen Aussenpolitik

Sachgebiet	Anteile der Zufriedenen «Regierung tut das Richtige»	Anteile der Unzufriedenen	
		«Regierung tut eher zuviel»	«Regierung tut eher zuwenig»
	%	%	%
Anbieten von Vermittlerdiensten in Konflikten	59	6	21
Mitarbeit in internationalen Organisationen	57	8	23
Kontaktpflege durch bundesrätliche Auslandreisen	54	22	11
Hilfe in Flüchtlingslagern im Ausland	51	10	27
Förderung von Schweizer Unternehmen im Ausland	50	8	20
Verteidigung des Bankgeheimnisses gegen ausländische Auskunftsbegehren	48	21	17
Entwicklungshilfe	47	17	32
Mitwirkung bei der Einigung Europas	45	4	38
Information des Bürgers über Aussenpolitik	45	2	41
Abweisung von Asylbewerbern	41	23	28
Schutz einheimischer Produktion vor ausländischer Konkurrenz	40	9	39
Stellungnahmen gegen Diktaturen	38	3	42
Proteste gegen Menschenrechtsverletzungen im Ausland	36	5	51
Überprüfung ausländischer Gelder in Schweizer Banken	32	6	49
Koordination von Umweltschutzmassnahmen mit andern Staaten	32	2	59
Zollsenkungen für Importe aus Entwicklungsländern	30	6	42
Durchschnitt	44	10	34

Allerdings wurzeln einzelne «Kontroversen» vielleicht weniger in echten Meinungsgegensätzen als in inneren Widersprüchen. Dies fällt auf, wenn man die Stellungnahmen zu den beiden einander eigentlich ausschliessenden Begehren «Zollsenkungen für Importe aus Entwicklungsländern» und «Schutz einheimischer Produktion vor ausländischer Konkurrenz» miteinander vergleicht. Bei beiden Aspekten meinen starke Anteile der Befragten, dass der

Bundesrat «eher zuwenig» tue – und es sind, wie eine nähere Abklärung [4] zeigt, tatsächlich in erheblichem Umfange, nämlich zu nicht weniger als 26 Prozent (N = 131), dieselben Befragten, die sich gleichzeitig so äussern und damit eigentlich eine inkonsistente Meinung ausdrücken. Unter diesen «inkonsistenten» Befragten sind keine Teilgruppen (z. B. nach Bildungsniveau, Lebensstandard, Alter usw.) überdurchschnittlich vertreten. Das lässt den Schluss zu, dass das Phänomen der «Inkonsistenz» nicht einfach beispielsweise durch bildungsbedingt geringe Befähigung zu «konsequentem» aussenpolitischem Denken erklärt werden darf, sondern dem tatsächlichen Willen der Befragten entspricht.

Durchschnittlich kritisieren 43 Prozent der Befragten die offizielle Gestaltung der Aussenbeziehungen als entweder eher zu weit oder zu wenig weit gehend. Heisst das, dass diese Nichteinverstandenen insgesamt eine eher offene, kooperativere Aussenpolitik wünschen oder vermehrte Distanzierung von der internationalen Umwelt, d. h. eine eher isolationistische Aussenpolitik? Zur Klärung dieses Problems wurden die Beurteilungen der einzelnen Aspekte der Aussenbeziehungen im Hinblick auf ihre Abweichungsrichtung auf der Dimension «isolationistisch-kooperativ» recodiert [5]. Der Befund ist beeindruckend klar: 16 Prozent möchten eine zurückhaltende Aussenpolitik, aber 73 Prozent treten für mehr Kooperation ein. Was immer an mangelndem Durchblick die Beurteilung einzelner Aspekte der Aussenpolitik trüben mag – der Gesamtbefund steht über allem Zweifel: Die Schweizer wünschen offenere Aussenbeziehungen! Die seinerzeit von vielen geäusserte Vermutung, das Verdikt vom 16. März 1986 setze ein Zeichen helvetisch-eigenbrötlerischen Abkapselungswillens, entpuppt sich als unbegründet.

3. Die Hintergründe aussenpolitischer Einstellungen

Stellungnahmen zu aktuellen aussenpolitischen Fragen werden, so ist zu vermuten, weitgehend durch tieferliegende Prädispositionen bestimmt. Diesen Zusammenhängen ist im folgenden nachzuspüren, und zwar in der hypothetischen Annahme, dass die Beurteilung der Aussenpolitik u. a. geprägt wird durch kognitive Grundlagen, durch die Definition der eigenen politischen Identität, durch normative Standpunkte und durch die Zusammenarbeitsmotivation der Befragten.

4 Die Konsistenz lässt sich überprüfen durch Kreuztabellierungen der beiden Items:

5 Im Zuge dieser Recodierung wurde der durch die Kritik «Regierung tut zuwenig» ausgedrückte Wunsch nach mehr aussenpolitischer Aktivität je als + 1, der Wunsch nach mehr Zurückhaltung («Regierung tut zuwenig») als -1 gezählt. Die Items 4, 10 und 14, die in bezug auf die Dimension Isolationismus/Kooperation umgekehrt laufen, wurden entsprechend umcodiert.

Hypothetisch wäre zu erwarten, dass der Bezugsrahmen, durch den man die Welt wahrnimmt, die Einstellungen zur Aussenpolitik mitbeeinflusst; insbesondere müssten Befragte, die die Welt als Nord-Süd-Konflikt sehen, eher eine offene Aussenpolitik befürworten als jene, die die Welt als unaufhörliches Ringen zwischen vielen souveränen Staaten wahrnehmen. Solche und damit verwandte Hypothesen werden nur teilweise bestätigt (Tab. 2). Am wenigsten zufrieden mit der Aussenpolitik sind jene, die die Welt als Ost-West-Konflikt begreifen – sie sind aber auch die am wenigsten Kooperativen. Mehr isolationistische Zurückhaltung wird am ehesten von jenen befürwortet, die die Weltpolitik als unaufhörliches Ringen zwischen den Staaten sehen.

Tabelle 2: Zusammenhänge zwischen kognitiven Variablen und Beurteilung der Aussenpolitik

	Durchschnittswerte (% des Gesamtsamples)		
	«Regierung tut ungefähr das Richtige»[1]	Abweichungsrichtung bei Kritik[2]	
		isolationistisch	kooperativ
Weltbild			
«Die Weltpolitik ist ein unaufhörliches Ringen zwischen den Staaten» (total 83%)	40	22	65
«Hinter allem steht die Spannung zwischen armen, unterentwickelten und reichen, entwickelten Ländern» (total 78%)	38	12	63
«Es geht darum, welches Gesellschaftssystem sich durchsetzt: das des Westens oder das des Ostens» (total 59%)	34	11	50
Abhängigkeit der Schweiz[3]			
kein Auslandeinfluss wahrgenommen» (total 65%)	34	15	40
«Auslandeinfluss wahrgenommen (total 35%)	17	37	22
Gesamtdurchschnitt	44	16	73

1 Anteile jener, die bei mehr als der Hälfte der 16 Items von Tabelle 1 finden, die Regierung tue ungefähr das Richtige.
2 Durchschnittswerte für die je 16 Items der Tabelle 1 recodiert gemäss Fussnote 5.
3 Werte aus Befragung 1986, da die diesem Index zugrundeliegende Frage 1987 nicht gestellt wurde.

Deutlicher fallen die Ergebnisse in bezug auf die Wahrnehmung der Abhängigkeit des Kleinstaates Schweiz von seiner internationalen Umwelt aus [6]. Wer die Entwicklungen in der Schweiz als ausschliesslich oder teilweise vom Ausland beeinflusst sieht, neigt doppelt so häufig dazu, die Aussenpolitik der Regierung zu kritisieren, als wer keine Auslandabhängigkeit wahrnimmt. Erstaunlicherweise trifft jedoch in bezug auf die Abweichungsrichtung das Gegenteil des Vermuteten zu: Wer einen Auslandeinfluss auf die Schweiz wahrnimmt, neigt doppelt so häufig zu einer isolationistischen Reaktion als Befragte, die einen solchen Auslandeinfluss bestreiten. Und umgekehrt wünschen nur 22 Prozent jener, die einen Auslandeinfluss wahrnehmen, eine kooperativere Aussenpolitik, aber fast doppelt so viele (40%) jener, die keinen Auslandeinfluss wahrnehmen. Das Bewusstsein der Abhängigkeit der Schweiz von ihrer internationalen Umwelt führt also nicht zwangsläufig zur Einsicht in die Notwendigkeit einer kooperativeren Aussenpolitik - ebenso stark, ja viel stärker ist der selbstbewusst-trotzige Reflex, in diesem Fall eben vermehrt sich auf seine eigenen Kräfte besinnen zu wollen.

3.2 Politische Selbstdefinition und Beurteilung der Aussenpolitik

Ob sich der einzelne in erster Linie als Angehöriger der Nation Schweiz sieht oder aber als Europäer oder gar als Weltbürger [7], dürfte nicht ohne Folgen bleiben für die Beurteilung der Aussenpolitik: Je weiter gespannt der Bezugsrahmen der Selbstidentifikation, desto offener müsste die Einstellung zur Aussenpolitik sein. Tabelle 3 zeigt, dass diese Hypothese nicht zutrifft: ausgerechnet jene, die sich ausschliesslich als Schweizer fühlen, befürworten am häufigsten eine offenere Haltung bei der Gestaltung der Aussenbeziehungen. Dagegen sind sich als Schweizer Identifizierende viel eher mit der gegenwärtigen Aussenpolitik der Behörden zufrieden als europäisch oder kosmopolitisch Fühlende. Berücksichtigt man ferner den Umstand, dass nicht weniger als 93 Prozent aller Befragten sich richtig verstanden fühlen, wenn man sie als Schweizer bezeichnet, 82 Prozent als Europäer und nur 57 Prozent als Weltbürger, so drängt sich der Schluss auf, dass die Schweizer Bürger von heute mit einem ungebrochenen nationalen Selbstbewusstsein in die Welt hinausblicken, ohne aber ihre Zugehörigkeit zu Europa zu verleugnen und ohne sich in isolationistischer Zurückhaltung zu ergehen.

6 Die in Tabelle 2 präsentierten Zahlen beruhen auf einem 0–8 Punkte umfassenden Summenindex, der die Antwortkategorien «ja, im Ausland» zur Frage zusammenfasst: «Wenn Sie an einige Anliegen und Probleme denken - glauben Sie, dass diese zum Teil durch Vorgänge im Ausland verursacht werden oder nicht?» (Es folgen 8 Items betreffend Teilbereiche der Abhängigkeit). Die Frage entspricht einer internationalen Standardfrage; vgl. Gallup Internationale Research Institutes, *Interview mit der Menschheit,* Basel 1978, S. 142.

7. Die Frage nach der Selbstidentifikation entspricht dem im *Eurobaromètre* entwickelten Wortlaut (vgl. z. B. *Eurobaromètre* 1985, S. 53 ff.).

Tabelle 3: Zusammenhänge zwischen Selbstidentifikation und Beurteilung der Aussenpolitik

	Durchschnittswerte (% des Gesamtsamples)		
	«Regierung tut ungefähr das Richtige»	Abweichungsrichtung bei Kritik	
		isolationistisch	kooperativ
Selbstidentifikation			
Schweizer (total 93%)	58	16	67
Europäer (total 82%)	39	12	64
Weltbürger (total 57%)	26	8	46
Bezugsgruppenpluralismus			
nur eine Identifikation	7	3	8
gleichzeitig 2 Identifikationen	15	4	23
gleichzeitig 3 Identifikationen	25	9	41

3.3 Normative Prämissen und Beurteilung der Aussenpolitik

In den vergangenen 200 Jahren hat das aussenpolitische Denken in der Schweiz verschiedene Vorstellungen von der Rolle des Landes in der Welt, eigentliche nationale Sendungsideen, entwickelt. Diese (Tab. 4) finden auch heute noch in hohem, wenn auch deutlich unterschiedlichem Masse Zustimmung (siehe Spalte links, mit «total» bezeichnete Prozentsätze). Wie verhält sich diese zur Beurteilung der Aussenpolitik? Offensichtlich besteht kein Zusammenhang: Obwohl die Beliebtheit der verschiedenen Sendungsideen stark variiert, bleiben Zustimmungsrate und Abweichungsrichtung unabhängig von der Bevorzugung einzelner Sendungsideen im gleichen Bereich konstant; die beiden Motiv- und Einstellungskomplexe wirken also je gesondert, und vor allem gilt, dass die Bejahung oder Verneinung bestimmter Sendungsideen sich nicht in eine grössere Zurückhaltung oder Offenheit in der Aussenpolitik übersetzt.

3.4 Zusammenarbeitsmotive und Beurteilung der Aussenpolitik

Aussenpolitik heisst Zusammenarbeit mit anderen. Grundsätzlich können drei Haupttypen von Motiven internationaler Zusammenarbeit unterschieden werden: das «egoistische» Motiv rein nationaler Nutzenerwartung, das pragmatische Motiv der Zusammenarbeit von Fall zu Fall und je nach Zielsetzung und das Solidaritätsmotiv im Sinne einer gemeinschaftlichen Verpflichtung[8]. Ein

8 Zum theoretischen Hintergrund dieser Typologie und für eine weitere empirische Abklärung siehe Daniel Frei, «Binnenmoral und Aussenmoral», *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft* Bd. 24 (1984), S. 125–142.

Tabelle 4: Zusammenhänge zwischen nationalen Rollenvorstellungen (1) und Beurteilung der Aussenpolitik

	Durchschnittswerte (% des Gesamtsamples)		
	«Regierung tut ungefähr das Richtige»[1]	Abweichungsrichtung bei Kritik	
		isolationistisch	kooperativ
«Wir zeigen der Welt, wie Menschen verschiedener Kultur und Sprache friedlich zusammen leben können» (total 76%)	44	21	46
«Wir sind dank unserer erprobten Regierungsform ein Musterland der Demokratie» (total 70%)	41	19	44
«Wenn andere sich streiten, helfen wir Not und Leiden lindern durch das Werk des Roten Kreuzes, durch Geldspenden und durch die Aufnahme von Flüchtlingen» (total 71%)	45	21	42
«Bei uns können die andern sehen, wie man durch Fleiss, Ordnungsliebe und Sauberkeit zu Friede und Wohlstand kommt» (total 58%)	38	19	34
«Die Welt ist in Kriegen und Krisen immer wieder auf unseren neutralen Staat und seine Vermittlerdienste angewiesen» (total 67%)	42	20	41

1 Daten aus der Befragung 1986

Tabelle 5: Zusammenhänge zwischen Zusammenarbeitsmotiven und Beurteilung der Aussenpolitik

	Durchschnittswerte (% des Gesamtsamples)		
	«Regierung tut ungefähr das Richtige» (1)	Abweichungsrichtung bei Kritik (2)	
		isolationistisch	kooperativ
nationalegoistisch:			
«Wir sollten mit andern Ländern nur zusammenarbeiten, wenn es der Schweiz nützt» (total 42%)	24	15	16
pragmatisch:			
«Wir sollten von Fall zu Fall mit andern Ländern zusammenarbeiten, soweit wir dieselben Ziele haben» (total 77%)	40	13	58
solidarisch:			
«Wir sollten mit andern Ländern zusammenarbeiten, weil wir doch alle im gleichen Boot sitzen» (total 82%)	38	12	44

Zusammenhang mit der Beurteilung der schweizerischen Aussenpolitik lässt sich eindeutig nachweisen (Tab. 5): Am wenigsten mit der Aussenpolitik zufrieden sind die «nationalegoistisch» Motivierten, und unter ihnen halten sich «Isolationisten» und «Kooperative» die Waage. Dagegen befürworten sowohl «Pragmatiker» als auch «solidarische» Befragte vermehrte Kooperation je viermal so häufig als isolationistische Zurückhaltung. Berücksichtigt man die Tatsache, dass diese beiden Zusammenarbeitsmotive im Gesamtsample fast doppelt so oft Zustimmung finden als das nationalegoistische Motiv, so darf man schliessen, dass der Wille zu einer offen-kooperativen Aussenpolitik in der Bevölkerung nicht nur vorwiegt, sondern auch motivationsmässig solide verankert ist.

4. Zur Feinstruktur aussenpolitischer Einstellungen: ausgewählte Aspekte

Im vorstehenden Abschnitt wurde die allgemeine Stossrichtung der von den Befragten gegebenen Beurteilung der Aussenpolitik analysiert, und zwar im Hinblick auf die ihr zugrundeliegende Motivation. Die beiden im Zuge dieser Analyse als wichtig ermittelten Motivkomplexe - Selbstidentifikation und Zusammenarbeitsmotive - sollen nun noch weiter betrachtet werden; vor allem interessiert ihre Wirkung auf die Einstellungen zu den in Tabelle 1 aufgelisteten ausgewählten Einzelaspekten der schweizerischen Aussenbeziehungen. Die beiden Motivkomplexe werden nun in Tabelle 6 mit fünf einzelnen aussenpolitischen Einstellungen kreuztabelliert; der Vergleich mit den Werten für das Gesamtsample (unterste Zeile) gestattet Rückschlüsse auf den Einfluss der Selbstidentifikation bzw. der Zusammenarbeitsmotive.

Fühlbare Meinungsdifferenzen zeigen sich bei allen aussenpolitischen Teilaspekten mit Ausnahme der Beurteilung bundesrätlicher Auslandreisen; mit dieser Art internationaler Kontaktpflege sind die Befragten unabhängig von ihrer Selbstidentifizierung und ihrer Zusammenarbeitsmotive ungefähr gleichermassen einverstanden oder nicht einverstanden. Mehr Proteste gegen Menschenrechtsverletzungen im Ausland wünschen sich pragmatisch und solidarisch Denkende, während mehr nationalegoistisch Eingestellte die gegenwärtige Politik des Bundesrates gerade richtig finden. Bei der Asylpolitik finden stets ungefähr gleichviele, die Politik des Bundesrates sei «gerade richtig»; aber natiolnalegoistisch Eingestellte wünschen sich deutlich häufiger, dass die Behörden in Sachen Abweisung von Asylbewerbern mehr tue, während die solidarisch Denkenden erwartungsgemäss am stärksten dazu neigen, die derzeitige asylpolitische Praxis als zu weitgehend zu kritisieren. Derselbe Zusammenhang lässt sich auch bei Fragen betreffend die Entwicklungshilfe und die Mitarbeit in internationalen Organisationen wieder beobachten: Wer sich als Weltbürger fühlt und solidarisch denkt, ist eher bereit zu sagen, der Bundesrat tue hier zu wenig, als sich als Schweizer Fühlende und nationalegoistisch Motivierte; wer sich als Europäer fühlt und pragmatisch denkt, nimmt diesbezüglich

Tabelle 6: Zusammenhänge zwischen Selbstidentifikation, Zusammenarbeitsmotiven und ausgewählten Aspekten der Gestaltung der Aussenbeziehungen

	Proteste gegen Menschenrechts-verletzungen			Abweisung von Asylbewerbern			Entwicklungs-hilfe			bundesrätliche Auslandreisen			Mitarbeit in internationalen Organisationen		
	rich-tig	zu-viel	zu-wenig	rich-tig	zu-viel	zu-wenig	rich-tig	zu-viel	zu-wenig	rich-tig	zu-viel	zu-wenig	rich-tig	zu-viel	zu-wenig
Selbstidentifikation															
Schweizer	41	7	53	45	23	32	51	18	31	63	26	12	68	10	23
Europäer	38	5	58	44	27	28	48	17	35	63	24	15	64	8	27
Weltbürger	37	5	50	45	28	26	48	14	38	66	21	13	64	12	29
Zusammenarbeitsmotive															
nationalegoistisch	47	8	45	46	16	38	53	25	22	66	26	13	68	11	21
pragmatisch	40	5	55	48	22	30	51	19	30	63	26	11	68	9	23
solidarisch	39	5	56	46	27	27	49	16	35	64	24	11	64	8	28
Werte für Gesamtsample[1]	39	5	55	45	25	30	49	18	33	62	25	13	65	9	26

1 Aufgrund der Zahlen in Tabelle 1 unter Weglassung der Frequenzen für «keine Antwort» auf 100% standardisiert

eine Mittelpostion ein. Doch sollte bei der Betrachtung dieser Zusammenhänge nicht übersehen werden, dass die Unterschiede (Prozentdifferenzen) zwischen den Trägern der einzelnen Identifikations- und Motivationstypen insgesamt gering ausfallen und selten mehr als 10 Prozent betragen. Dieser Befund deutet auf einen hohen Grad an Kompaktheit hin, der die Schweizer Meinungslandschaft in bezug auf die Gestaltung der Aussenpolitik offenbar kennzeichnet.

5. Ausblick: Um den künftigen Kurs der schweizerischen Aussenpolitik

5.1 Internationale Zusammenarbeit je nachdem

Die vertiefte Analyse von Beurteilung und Äusserungen zur allgemeinen Stossrichtung der schweizerischen Aussenbeziehungen ermöglicht an sich Schlüsse auf den von den Bürgern erwünschten künftigen Kurs in der Gestaltung dieser Aussenbeziehungen. Solche Schlüsse sind in den vorstehenden Abschnitten jeweils auch ausgesprochen worden, vor allem in bezug auf den recht eindeutigen Willen zu mehr Offenheit und internationaler Zusammenarbeit. Das vorliegende Datenmaterial gestattet indessen über derartige Folgerungen hinaus zusätzlich noch einige präzisere und spezifischere Einblicke in die von den Befragten gehegten Erwartungen und Wünsche. In Anlehnung an bewährte Befragungsinstrumente[9] wurde die Frage gestellt:

> «Hier sind einige Anliegen und Probleme, mit denen sich unser Land befassen muss. Sollten wir sie eher allein anpacken oder in Zusammenarbeit mit andern Ländern?» (folgt eine Liste von neun Problemen)

Allgemein überwiegt die Meinung, es seien die Probleme «gemeinsam mit andern» anzupacken. Für internationale Zusammenarbeit sprechen sich die Befragten bei folgenden Anliegen aus (geordnet nach Rangfolge des Zustimmungsgrades):

1. Natur- und Umweltschutz (88%)
2. Hilfe an Entwicklungsländer (72%)
3. Energieversorgung (68%)
4. Erschliessung neuer Absatzmärkte (52%)
5. Massnahmen gegen die Teuerung (48%)
6. Förderung von Kultur (Musik, Literatur, Film/Theater) (47%)

9 Nach *Eurobaromètre* 1985, S. 64.

7. Entwicklung neuer Produkte für unsere Industrie (45%)
8. Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit (41%)
9. Militärische Landesverteidigung (18%)

In sämtlichen Problembereichen ausser der militärischen Landesverteidigung überwiegt der Anteil der Befürworter einer internationalen Problemlösung. Insbesondere zeigen sich die Befragten sehr offen in bezug auf die internationale Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet. Der Spitzenwert von 88 Prozent für Natur- und Umweltschutz zeigt, dass intensiv empfundener Problemdruck die Bereitschaft zur Aussenorientierung begünstigt. Wenn sich dagegen nur 18 Prozent für ein Zusammengehen mit andern auf dem Gebiet der militärischen Landesverteidigung aussprechen, so spiegelt sich darin die tiefe Verankerung der Maxime der bewaffneten Neutralität.

5.2 Erwünschte und unerwünschte Partnerländer

Falls die Schweiz mehr mit dem Ausland zusammenarbeitet - mit wem soll sie es nach Meinung der Befragten tun? Und gegenüber welchen Ländern sollte die Schweiz eher Abstand wahren? Die beliebtesten Partnerländer sind (geordnet nach Rangfolge der Prozentsätze jener, die «eher mehr» Zusammenarbeit mit dem betreffenden Land wünschen):

1. Bundesrepublik Deutschland (37%)
2. Österreich (34%)
3. Frankreich (31%)
4. Italien (31%)

Man wünscht also - recht pragmatisch - mehr Zusammenarbeit vor allem mit den unmittelbaren Nachbarn. Deutschschweizer und Welschschweizer unterscheiden sich in dieser Vorliebe nicht; es besteht also keinerlei Neigung, den gleichsprachigen Nachbarn zu bevorzugen. In bezug auf Entwicklungsländer sind die Meinungen geteilt; jeweils 15 bis 20 Prozent der Befragten wünschen sich mit Nigeria, Saudiarabien und Brasilien «eher weniger» Zusammenarbeit, während hier die Stimmen für «eher mehr» Zusammenarbeit zwischen 22 und 31 Prozent liegen.

Eine interessante Erscheinung macht sich in den Einstellungen zu den beiden führenden Mächten USA und Sowjetunion bemerkbar: Mit beiden sollte die Schweiz nach Meinung von 27 bzw. 26 Prozent Befragten «eher mehr», zu 16 bzw. 20 Prozent «eher weniger» zusammenarbeiten; diese nach beiden Seiten hin fast gleichstarke Zuwendung bzw. Distanzierung dürfte auf ein gewisses Äquidistanzdenken hinweisen, dass sich in der öffentlichen Meinung heute bemerkbar macht.

Insgesamt bestätigt somit diese Detailabklärung problem- und länderbezogener aussenpolitischer Meinungen, was bereits die Analyse der grundsätzlicheren Einstellungen und der ihnen zugrundeliegenden Motivationskomplexe zutage gebracht hat: nämlich dass die Schweizer mit deutlicher Mehrheit eine offene, kooperative Aussenpolitik befürworten und dass anderseits rückzüglerisch-isolationistische Neigungen eine eindeutig untergeordnete Rolle spielen. Deutlich sichtbar werden aber auch konstante Elemente, so der Wille zur Beibehaltung der Politik der bewaffneten Neutralität und ganz besonders auch ein Selbstverständnis, das sich nach wie vor am Nationalen orientiert, aber die Beziehungen zum internationalen Umfeld dennoch im Geist internationaler Solidarität gestaltet sehen will.